

Das Imperium Americanum als historisches Konzept

Die Säulen des Capitols

Le Monde diplomatique, September 2002

WARUM werden wir so gehasst?, fragten sich viele Amerikaner nach den Attentaten vom 11. September 2001. Mittlerweile spiegeln vor allem Fernsehen und Kino die allgemeine Verunsicherung einer Gesellschaft, die sich selbst die Rolle des Weltpolizisten zugewiesen hat und nun zwischen hehren Idealen der Gerechtigkeit und Rachedurst hin- und hergerissen ist. Immer deutlicher sind in jüngster Zeit die Anzeichen für eine imperiale Grammatik, die in der nationalen Fantasie gipfelt, dass - 150 Jahre nach dem Bau des Capitols in Washington - die Vereinigten Staaten eine Art legitimer Erbe des Römischen Reiches seien.

Von Philip S. Golub (Dozent an der Universität Paris-VIII und Journalist)

Ein Jahr vor den Anschlägen vom 11. September stellte der amerikanische Historiker Arthur Schlesinger jr. die These auf, die Vereinigten Staaten würden trotz der Versuchung, die die aus der Unipolarität hervorgegangene Übermacht darstelle, keinen imperialistischen Kurs einschlagen, denn keine Nation sei in der Lage, "die Rolle des Schiedsrichters oder Weltpolizisten zu übernehmen" oder die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auf dem Gebiet der Politik, der Demografie und der Umwelt im Alleingang zu bewältigen. (1)

Wie viele andere Intellektuelle vertraut auch Schlesinger weiterhin auf die "Fähigkeit der [amerikanischen] Demokratie zu Selbstregulierung" und die Rationalität der Entscheidungsträger. Ähnlich äußerte sich im Jahr 2000 auch Charles William Maynes, eine einflussreiche Stimme unter den außenpolitischen Experten in Washington. Er sieht in den USA "ein Land mit imperialen Möglichkeiten, aber ohne alle imperialistische Ambitionen". (2)

Derzeit aber führt an der Erkenntnis, dass sich unter George W. Bush eine neue imperiale Grammatik herausbildet, kein Weg mehr vorbei. Diese Grammatik lässt in mancher Hinsicht an die imperiale Epoche des ausgehenden 19. Jahrhunderts denken, als sich die Vereinigten Staaten in den Wettlauf um Kolonialländer stürzten und in der Karibik, in Asien und im Pazifik ihre ersten großen Schritte zur weltweiten Expansion unternahmen.

Das Land Jeffersons und Lincolns war damals von einer ungeheurer imperialistischer Begeisterung ergriffen. Journalisten, Geschäftsleute, Bankiers und Politiker überboten einander mit Vorschlägen, wie die Eroberung der Welt am besten zu bewerkstelligen sei.

Damals schielten die "Wirtschaftsführer [...] nach weltweiter industrieller Vorherrschaft" (3), und die Politiker träumten - wie die berühmte Formulierung von Theodore Roosevelt lautete - von einem splendid little war, der die Rechtfertigung für die internationale Expansion der Vereinigten Staaten liefern würde. "Kein Volk des 19. Jahrhunderts kann mit unseren Eroberungen, unseren kolonialen Erfolgen und unserer Expansion mithalten [...]; nichts wird uns jetzt mehr aufhalten", meinte 1895 der Anführer des imperialistischen Lagers, Senator Henry Cabot Lodge.

Für Theodore Roosevelt, einen aufrichtigen Bewunderer des imperialen britischen Dichters Rudyard Kipling, lagen die Dinge ganz klar: "Ich will, dass die Vereinigten Staaten im Pazifik die dominante Macht werden." Und er meinte weiter: "Das amerikanische Volk will die großen Taten einer Großmacht vollbringen." (5)

1896 resümierte ein Journalist namens Marse Henry Watterson den imperialistischen Zeitgeist der 1890er-Jahre in stolzen und merkwürdig ahnungsvollen Worten: "Wir sind eine große imperiale Republik, dazu berufen, bestimmenden Einfluss auf die Menschheit zu nehmen und die Welt zu gestalten, wie es bisher keiner anderen Nation gelang, nicht einmal dem Römischen Reich." (6)

Die amerikanische Geschichtsschreibung betrachtete diese imperialistische Sturm-und-Drang-Epoche traditionell als Abweicheung vom ansonsten geradlinigen Weg der Demokratie. Schließlich

waren die Vereinigten Staaten ein Produkt des antikononialen Kampfes gegen das britische Empire und die absolutistischen Monarchien Europas und durch diesen geprägt, schienen also gegen den imperialistischen Virus dauerhaft immun zu sein.

Doch ein Jahrhundert später wurde wieder eine neue Ära der Expansion und Formalisierung des amerikanischen Empires eingeläutet, und seitdem starren die US-Eliten erneut in den fernen Spiegel des Römischen Reichs der Antike. Nachdem sie die 1991 eroberten Kommandohöhen durch die außerordentliche Mobilisierung ihrer militärischen Kräfte nach dem 11. September 2001 weiter befestigen konnten, bekennen sich die Vereinigten Staaten, fasziniert von ihrer eigenen Stärke, ganz offen als imperiale Macht. Erstmals seit dem Ende des 19. Jahrhunderts werden im Gefolge einer militärischen Kampagne imperiale Ansprüche wieder explizit legitimiert.

"Tatsache ist", schreibt der Leitartikler der Washington Post, Charles Krauthammer, einer der einflussreichsten Ideologen der amerikanischen Neuen Rechten, "dass seit Rom kein Land kulturell, wirtschaftlich, technisch und militärisch eine solche Vormachtstellung besessen hat." (7) Schon 1999 hatte Krauthammer verkündet: "Amerika überragt die Welt wie ein Koloss [...]. Seit Rom Karthago zerstörte, hat keine andere Großmacht solche Höhen erklimmen." Und Robert Kaplan, Essayist und Mentor von George W. Bush, formulierte: "Wie der Sieg Roms im Zweiten Punischen Krieg hat auch der Sieg der Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg eine Weltherrschaft besiegelt." (8)

Auch für politisch eher der Mitte zugerechnete Autoren ist Rom inzwischen der obligatorische Bezugspunkt. Joseph S. Nye jr., Rektor der Kennedy School of Government an der Harvard University und zu Clintons Zeiten Staatssekretär im Verteidigungsministerium, beginnt sein neuestes Buch mit dem Satz: "Seit Rom gab es keine Nation, die so hoch über den anderen Nationen stand." (9) Der renommierte Historiker Paul Kennedy, der in den Achtzigerjahren mit der These hervortrat, die Vereinigten Staaten litten an "imperialer Überdehnung", geht noch einen Schritt weiter: "Weder die Pax Britannica [...] noch das napoleonische Frankreich [...], noch das Spanien Philipps II. [...], noch das Reich Karls des Großen [...], ja nicht einmal das Römische Reich" habe eine vergleichbare Dominanz erreicht wie heute die Vereinigten Staaten. (10) Und dann bilanziert Kennedy recht nüchtern: "Noch nie gab es eine solche Machtdiskrepanz" im Weltsystem.

Mit einem Wort, die mehr oder weniger mit der Staatsmacht verquickten Kreise jenseits des Atlantik sind einhellig der Auffassung, dass "die Vereinigten Staaten heute eine unvergleichlich größere Vormachtstellung genießen als alle Reiche der Vergangenheit, selbst die größten" (11). Die Analogie mit Rom wie auch die Allgegenwärtigkeit des Worts "Empire" in amerikanischen Presseerzeugnissen und Fachzeitschriften bleiben nicht etwa nur deskriptiv, sie bezeugen auch die Konstruktion einer neuen imperialen Ideologie.

Unter dem flockigen Titel "Argument für ein amerikanisches Empire" schrieb der Leitartikler des Wall Street Journal, Max

Boot: "Nicht zufällig ist Amerika heute militärisch in zahlreichen Ländern engagiert, in denen Generationen britischer Kolonialsoldaten im Einsatz waren [...], wo die westlichen Armeen eingreifen mussten, um der Unordnung Herr zu werden." Nach Max Boot "flehen Afghanistan und andere von Unruhen heimgesuchte Länder [den Westen] an, eine aufgeklärte ausländische Verwaltung aufzubauen, ganz wie jene, die einst die selbstbewussten Engländer in ihren Jodhpurs und Kolonialhelmen offeriert haben" (12).

Ein anderer Ideologe der Rechten, Dinesh D'Souza, der als Forscher an der Hoover Institution arbeitet, machte vor einigen Jahren mit der Theorie von sich reden, die Afroamerikaner seien "von Natur aus" minderwertig. Vor kurzem veröffentlichte er einen Artikel mit dem viel sagenden Titel "Lob des amerikanischen Empires", in dem er die Auffassung vertrat, die Amerikaner sollten endlich anerkennen, dass ihr Land "ein Empire geworden ist [...], das edelmütigste, das die Welt je gekannt" (13).

Zu den publizistischen Brandstiftern der Neuen Rechten gesellen sich Universitätslehrer wie Stephen Peter Rosen. Mit der selbstbewussten Unbefangenheit des Wissenschaftlers schreibt der Direktor des Olin Institute for Strategic Studies in Harvard: "Eine politische Einheit, die über eine erdrückende militärische Schlagkraft verfügt und diese Schlagkraft einsetzt, um das Verhalten anderer Staaten zu beeinflussen, muss durchaus als Empire bezeichnet werden [...]." Und weiter: "Unser Ziel ist nicht die Bekämpfung eines Rivalen - denn es gibt keinen -, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Position und die Wahrung der imperialen Ordnung." (14) Gemeint ist eine Ordnung, wie Michael Ignatieff kritisch anmerkt, die sich ausschließlich "nach den imperialen Zielen Amerikas richtet", wobei "das Empire nur denjenigen Elementen der internationalen Rechtsordnung beipflichtet, die ihm zupass kommen (wie die Welthandelsorganisation), alle anderen aber ignoriert oder sabotiert (das Kioto-Protokoll, den Internationalen Strafgerichtshof oder den ABM- Vertrag)" (15).

Hegemonie der sanften Imperialisten

DASS die Empire-Idee der klassischen Tocqueville'schen Selbstwahrnehmung der Amerikaner radikal widerspricht, mithin die Vorstellung Lügen straft, Amerika sei die demokratische Ausnahme unter den modernen Nationen, stellt offenbar kein überwindliches Problem dar. Wer noch Skrupel hat - und das sind immer weniger -, stellt den Worten "Empire" und "Hegemonie" einfach das Adjektiv "wohlwollend" und "sanft" voran. So schreibt Robert Kagan von der Carnegie Endowment: "Die Wahrheit ist, dass die wohlwollende Hegemonie der Vereinigten Staaten für weite Teile der Weltbevölkerung gut ist. Sie ist ohne Zweifel ein besseres Arrangement als alle realistischen Alternativen." (16)

Theodore Roosevelt bemühte vor einhundert Jahren fast dieselben Worte. Er lehnte jeden Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Raubtierkolonialismen ab und meinte: "Die einfache Wahrheit ist, dass unsere Expansionspolitik, ein zentrales Element der amerikanischen Geschichte [...], dem Imperialismus in keiner Weise gleicht [...]. Bis zum heutigen Tag ist mir im ganzen Land noch kein einziger Imperialist begegnet." (17)

Sebastian Mallaby dagegen bezeichnet sich freimütig als "zögerlichen Imperialisten". Mallaby schreibt Leitartikel für die Washington Post, die sich im Watergate-Skandal hervortat - und wenn auch spät - gegen den Vietnamkrieg opponierte, doch seit dem 11. September als strammes Empire-Organ auftritt. Im April dieses Jahres meinte Mallaby in einem Beitrag zu der höchst seriösen Zeitschrift Foreign Affairs, die derzeitige Unordnung in der Welt verlange von den Vereinigten Staaten eine imperiale Politik. Das apokalyptische Bild, das er von der Lage der Dritten Welt zeichnet - bankrotte Staaten, unkontrolliertes Bevölkerungswachstum, endemische Gewalt, zerfallende Gesellschaften -, begründet die Einschätzung, die einzig rationale Alternative sei ein erneuter Imperialismus. Unverblümt formuliert er: Länder der Dritten Welt, die unmittelbar die Sicherheit des Westens bedrohen, seien unter westliche Vormundschaft zu stellen. "Da sich die nicht-imperialistischen Optionen als ineffizient erwiesen haben [...], ist die neoimperialistische Logik zu stark, als dass die Bush-Administration ihr widerstehen könnte." (18)

In der Tat scheint Bush der neoimperialen Logik nicht allzu viel Widerstand entgegenzusetzen. Zwar widerstrebt es ihm, Dollars in den Wiederaufbau von failed states ("gescheiterten Staaten") zu investieren oder sein Land an humanitären Interventionen zu beteiligen, doch keinen Augenblick zögert er, die US-Streitkräfte in alle Himmelrichtungen zu schicken, um "die Feinde der Zivilisation" zu bekämpfen und die "Kräfte des Bösen" zu zerschmettern. Im Übrigen verrät seine ganze Semantik - das ständige Gerede vom Kampf zwischen "Zivilisation" und "Barbarei", von der "Befriedung" der Barbaren - das klassisch imperiale Denken.

Was George W. Bush von den renommierten Universitäten Yale und Harvard mitgenommen hat, lässt sich natürlich schwer sagen, doch dass er sich seit dem 11. September als neuer Cäsar des imperialen Lagers wähnt, steht außer Zweifel. Cicero zufolge hat Cäsar "vollständige Siege über die kriegerischsten Völkerschaften errungen", und es ist ihm gelungen, diese Völker "in Angst und Schrecken zu versetzen, sie zurückzuwerfen, zu zähmen und daran zu gewöhnen, der Autorität des römischen Volkes zu gehorchen". (19) Ganz ähnlich scheinen Bush und die neue amerikanische Rechte entschlossen, Sicherheit und Wohlstand des Empire mit militärischen Mitteln sicherzustellen, unfolgsame Drittweltländer zu unterwerfen, "Schurkenstaaten" zu zerschlagen und die "kollabierenden" postkolonialen Länder letzten Endes unter amerikanische Vormundschaft zu stellen.

Nicht durch politische Zusammenarbeit, sondern allein durch Waffengewalt hoffen die Vereinigten Staaten im Alleingang oder mit Ad-hoc-Koalitionen sichere Verhältnisse zu schaffen, wobei sich ihr unilaterales Handeln an eng verstandenen nationalen Interessen orientiert. Anstatt die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen zu bekämpfen, die in den südlichen Ländern ständig neue Gewalt produzieren, tragen sie durch Entsendung von Streitkräften zusätzlich zur Destabilisierung dieser Länder bei. Dass solche Interventionen nicht auf unmittelbaren Gebietswerb, sondern auf mittelbare Kontrolle zielen, ändert wenig an der grundsätzlichen Stoßrichtung: Auch "wohlmeinende" oder "zögerliche" Imperialisten sind Imperialisten.

Während sich die Länder der Dritten Welt also unterwerfen und abermals mit einem kolonialen oder halbsoveränen Status abfinden sollen, wird sich Europa innerhalb des imperialen Systems mit einer subalternen Stellung zufrieden geben müssen. In dem unipolaren Weltbild der US-Amerikaner, das sich nach 1991 herauskristallisiert und seit dem 11. September verfestigt hat, figuriert Europa nicht als selbstständige strategische Macht, sondern als abhängige Zone, die "weder den Willen noch die Fähigkeit besitzt, ihr Paradies zu verteidigen". Ihr Schutz hängt ab vom Willen Amerikas, Krieg zu führen. (20) In dem neuen System der vertikalen strategischen Arbeitsteilung, diagnostiziert Michael Ignatieff, "führen die Amerikaner Krieg, während die Franzosen, die Briten und die Deutschen die Grenzen sichern und die Holländer, Schweizer und Skandinavien humanitäre Hilfsdienste leisten". Im Augenblick "haben die Amerikaner so wenig Vertrauen zu ihren Verbänden [...], dass sie sie mit Ausnahme der Briten von jeder Tätigkeit ausschließen, die über schlichteste subalterne Polizeiarbeit hinausgeht". (21) Zbigniew Brzezinski, der Erfinder des antisowjetischen "Dschihad" in Afghanistan, hatte ähnliche Gedanken bereits vor einigen Jahren formuliert. Ziel der Vereinigten Staaten müsse es sein, "unsere Vasallen in einem Zustand der Abhängigkeit zu halten, die Willfähigkeit und den Schutz unserer Tributpflichtigen zu sichern und den Zusammenschluss der Barbaren zu verhindern" (22). Charles Krauthammer sekundiert in gewohnt grobschlächter Manier: "Amerika hat den Kalten Krieg gewonnen, Polen und Tschechien in die Tasche gesteckt, Serbien und Afghanistan pulverisiert und ganz nebenbei gezeigt, dass Europa nichts ist." (23) Diese Verachtung ist für viele Beobachter einer der Gründe für die starken Spannungen, die die transatlantischen Beziehungen seit dem 11. September belasten.

Die imperiale Option zwingt die Vereinigten Staaten für die Dauer ihrer Hegemonie - egal wie lange diese Epoche dauern mag -, sich mit allen Kräften der Aufgabe zu widmen, die westliche Zittadelle mit Mauern zu umgeben. Wie alle bisherigen Weltreiche

wird auch Amerika, der wortwörtliche "Ferne Westen", nur von einem Gedanken beherrscht sein, den der südafrikanische Schriftsteller J. M. Coetzee in die Worte fasste: "Was tun, um nicht zu enden; was tun, um nicht zu sterben; was tun, um die eigene Ära zu verlängern." (24)

dt. Bodo Schulze

Fußnoten:

1. Arthur Schlesinger jr., "Unilateralism in Historic Perspective", in: "Understanding Unilateralism in US Foreign Policy", London (RIIA) 2000, S. 18-28.
2. Charles William Maynes, "Two blasts against unilateralism", vgl. Fn. 1, S. 30-48.
3. Zit. n. William Appleman Williams, "The Tragedy of American Diplomacy", New York (Dell) 1962, S. 26
4. Zit. n. Howard K. Beale, "Theodore Roosevelt and the Rise of America to World Power", Baltimore und London (Johns Hopkins University Press) 1989, Kap. 1.
5. Howard K. Beale, vgl. Fn. 4, S. 38f., 70-78.
6. Zit. n. David Healy, "US Expansionism, the Imperialist Urge in the 1980's", Madison Wisconsin (The University of Wisconsin Press) 1970, S. 46.
7. Wiedergegeben in: "It Takes an Empire Say Several US Thinkers", New York Times, 1. April 2002. Das Zitat von 1999 stammt aus "The Second American Century", Time Magazine, 27. Dezember 1999. S. C. Krauthammer, "The Unipolar Moment", Foreign Affairs, New York 1990.
8. Zit. n. "It takes an empire", vgl. Fn. 7.
9. Joseph S. Nye jr., "The Paradox of American Power", New York (Oxford University Press) 2002, S. 1
10. Paul Kennedy, "The Greatest Superpower Ever", New Perspectives Quarterly, Washington, Herbst 2002.
11. Henry Kissinger, "Does America Need a Foreign Policy?", New York (Simon & Schuster) 2001. S. 19.
12. Max Boot, "The Case for an American Empire", Weekly Standard 7 (5), Washington, D. C., 15. Oktober 2001.
13. Dazu den Christian Science Monitor, Boston, 26. April 2002. In seinem 1995 erschienenen Werk "The End of Racism" spricht D'Souza von einer "naturegegebenen Rangordnung rassischer Fähigkeiten", die auch die Kriminalitätsrate in der afroamerikanischen Gemeinschaft der Vereinigten Staaten erkläre.
14. "The Future of War and the American Military", Harvard Review 104 (5), Mai/Juni 2002, S. 29.
15. Michael Ignatieff, "Barbarians at the Gate?", New York Review of Books, 28. Februar 2002, S. 4. Dazu Pierre Conesa u. Olivier Lepick, "USA: Washington verschrottet Abrüstungsabkommen", Le Monde diplomatique, Juli 2002.
16. Robert Kagan, "The Benevolent Empire", Foreign Policy, Washington D. C., Sommer 1998.
17. Howard K. Beale, vgl. Fn. 4.
18. Sabestan Mallaby, "The Reluctant Imperialist, Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire", Foreign Affairs, New York, März/April 2002, S. 2-7.
19. Cicero, "Über die konsularischen Provinzen", XIII, 32-35 und passim.
20. Robert Kagan, "Power and Weakness: Why Europe and the US see the world differently", Policy Review 113, Washington, Juni/Juli 2002.
21. Michael Ignatieff, S. 4, vgl. Fn. 15.
22. Zit. n. Charles William Maynes, S. 46, vgl. Fn. 2.
23. Siehe Washington Post vom 20. Februar 2002.
24. In seinem großen Roman "Warten auf die Barbaren", Frankfurt (S. Fischer) 2001